

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2009
– Drucksache 14/4756**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2008 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2006
– Beitrag Nr. 24: Haushalts- und Wirtschaftsführung eines in der Krankenversorgung tätigen Unternehmens**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

1. die Landesregierung zu ersuchen,

über die Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 4. Dezember 2008 (vgl. Drucksache 14/3524 Abschnitt II) zu den Ziffern 1 c) bis 1 g) bis zum 30. Juni 2010 erneut zu berichten;

2. von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2009 – Drucksache 14/4756 – Kenntnis zu nehmen.

24. 09. 2009

Die stellv. Vorsitzende und Berichterstatterin:

Ursula Lazarus

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/4756 in seiner 50. Sitzung am 24. September 2009.

Die Berichterstatterin für den Finanzausschuss fragte das Wissenschaftsministerium, inwieweit die zum 1. Januar 2010 angestrebte Integration der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg in das Universitätsklinikum Heidelberg fortgeschritten sei. Sie bemerkte weiter, die Buchstaben a und b des Landtagsbeschlusses vom 4. Dezember 2008 (Drucksache 14/3524 Abschnitt II) könnten durch den vorliegenden Bericht der Landesregierung als erledigt betrachtet werden. Zu den Buchstaben c bis g allerdings habe sich die Berichterstattung noch nicht abschließen lassen, sodass sie anrage, die Landesregierung dazu bis zum 30. Juni 2010 um einen erneuten Bericht zu bitten.

Ein Abgeordneter der SPD brachte zum Ausdruck, seine Fraktion schließe sich dem Votum der Berichterstatterin für den Finanzausschuss an. Er schlage aber zu Buchstabe g einen etwas ausführlicheren Bericht vor. Darin sollte die Landesregierung einige wirtschaftliche Rahmenbedingungen schildern und aufführen, wo sich der gemeinsame Betrieb nach der Eingliederung der Stiftung auch wirtschaftlicher darstelle als bisher und wo Synergien gehoben würden.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gab bekannt, Universitätsklinikum und Stiftung arbeiteten faktisch reibungslos zusammen. Inzwischen seien auch die Patientenströme entsprechend kanalisiert worden. Doppelarbeit werde vermieden, und Synergien würden gehoben. Die beteiligten Häuser seien sich wohl darin einig, dass die vorgesehene Integration eine gute Lösung darstelle. In Kürze würden bei einem Gespräch der Amtschefs die Finanzierungsprobleme geregelt. Die Eingliederung befinde sich seines Erachtens auf einem guten Weg.

Die Berichterstatterin für den Finanzausschuss betonte, sie nehme den Vorschlag des Abgeordneten der SPD zu Buchstabe g ausdrücklich auf.

Der Ausschuss kam einstimmig zu folgender Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

1. die Landesregierung zu ersuchen,

über die Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 4. Dezember 2008 (vgl. Drucksache 14/3524 Abschnitt II) zu den Ziffern 1 c bis 1 g bis zum 30. Juni 2010 erneut zu berichten;

2. von der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Juni 2009, Drucksache 14/4756, Kenntnis zu nehmen.

30. 09. 2009

Ursula Lazarus